

## Newsletter 5/2014



Liebe Bürgerinnen und Bürger,  
liebe Genossinnen und Genossen,

in dieser Woche hat erneut das Plenum des Landtags NRW getagt, ich freue mich daher Ihnen und euch einen neuen Newsletter mit den aktuellen Themen der letzten Wochen zu senden zu können.

### **Mehr Pflege zu Hause, weniger im Heim**

Viele Menschen wünschen sich zu Hause alt, statt im Heim gepflegt zu werden. Diesem Anliegen will die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen nun nachkommen. Das neue kombinierte Alten- und Pflegegesetz sowie Wohn- und Teilhabegesetz (GEPA) soll in NRW die Rahmenbedingungen für die Pflege grundlegend ändern. Menschen sollen so lange wie möglich in der eigenen Wohnung versorgt werden können. Außerdem sollen alternative Wohnformen wie sogenannte Alten-WGs gestärkt werden – indem für sie erstmals rechtliche Grundlagen geschaffen wurden. Zudem sollen Unterstützungsangebote im Quartier und mehr Beratungsstellen sowie eine erweiterte ambulante Versorgung angeboten werden. Das Gesetzespaket, kurz GEPA NRW, sieht zudem vor, Projekte gezielt durch einen Landesförderplan anzuschieben. Die Kommunen werden bei der Pflegebedarfsplanung wieder gestärkt. Ziel ist auch, durch ambulante Hilfen und mehr Prävention den Eintritt in die Pflegebedürftigkeit hinauszuzögern.

Am Mittwoch ist das neue Gesetz vom Landtag mit den Stimmen von SPD, CDU, Grüne und FDP beschlossen worden.

**Drucksache [16/6873](#)** (Beschluss), **[16/6874](#)** (Beschluss), **[16/6875](#)** (Beschluss)

### **Güter immer häufiger auf Wasserstraßen transportieren**

Der Güterverkehr soll in Nordrhein-Westfalen effizienter und umweltfreundlicher werden. Zukünftig soll die Binnenschifffahrt mit dem Blick auf die Nutzung moderner Wasserwege besser genutzt werden. Darauf haben sich alle fünf Fraktionen des nordrhein-westfälischen Landtages verständigt. Sie haben am Mittwoch den Antrag „Moderne Wasserwege für effizienten, umweltfreundlichen Güterverkehr und nachhaltiges Wachstum in der Logistikwirtschaft“ in das Plenum eingebracht. Damit wird ein verkehrspolitisches Ziel des rot-grünen Koalitionsvertrages umgesetzt. Zudem soll die Landesregierung das Wasserstraßenverkehrs- und Hafenkonzept Nordrhein-Westfalens umgehend evaluieren und fortschreiben. Nur mit einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur für die Binnenschifffahrt und guten Vernetzungen an andere Verkehrsträger kann zukunftsfähige Mobilität in Nordrhein-Westfalen, insbesondere eine Veränderung des Modal-Splits der Verkehrsträger zu Gunsten der Wasserstraßen erzielt werden.

**Drucksache [16/6854](#)** (Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Grüne, FDP und Piraten)

**Weitreichende Transparenz bei Nebeneinkünften**

Der Landtag hat am Mittwoch die Änderung des Abgeordnetengesetzes mit großer Mehrheit beschlossen, wobei die Parlamentarier damit eine weitreichende Transparenz bei ihren Nebentätigkeiten zusichern. Einkünfte müssen nun veröffentlicht werden, wenn sie in der Summe die Bagatellgrenze von fünf Prozent der Abgeordnetenbezüge übersteigen. Die Veröffentlichung erfolgt in Stufen, beginnend bei 1.000 Euro. Auch Einkünfte aus Tätigkeiten in Aufsichtsgremien sind auf Euro und Cent anzugeben. Darunter fallen ebenfalls Bezüge aus Beratertätigkeiten und andere Honorare.

**Drucksache [16/6124](#)** (Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU, Grüne, FDP), 16/6872 (Beschluss)

**Mehrweg oder Einweg?**

Selbst gut informierte Verbraucherinnen und Verbraucher verlieren den Durchblick aufgrund des großen und verwirrenden Getränkeangebots und den unterschiedlichen Pfandsystemen. Das ist ein inakzeptabler Zustand. Die Menschen müssen beim Kauf eindeutig wissen, für welche Getränkeverpackung sie sich gerade entscheiden. In Deutschland haben wir mit dem Mehrwegsystem ein bemerkenswertes Instrument, das ökonomische, soziale und ökologische Ziele miteinander vereint. Es ist zugleich eine wichtige Grundlage, dass die bestehende Getränkevielfalt und die mittelständischen Strukturen bestehen können. Aber wir brauchen noch eine bessere Kennzeichnung von Mehrwegflaschen und eine Stärkung des Mehrwegsystems. Deshalb haben SPD und Grüne am Mittwoch einen Antrag zu diesem Thema in das Plenum eingebracht.

**Drucksache [16/6852](#)** (Antrag der Fraktionen von SPD und Grüne)

**Misshandlung in Flüchtlingsheimen**

Es sind Bilder, die einen fassungslos machen. Bilder voller Brutalität, Demütigung, Menschenverachtung. Es sind die Bilder von misshandelten Flüchtlingen. Das alles ist in Landeseinrichtungen Nordrhein-Westfalens passiert, bei Menschen, die sich in sichere Obhut begeben haben. Das darf nicht passieren. Darüber sind sich Landesregierung und alle Fraktionen im nordrhein-westfälischen Landtag einig. Natürlich muss das alles genau aufgeklärt werden. Die Täter werden ermittelt und sie werden bestraft werden. Es hat bereits - und wird sicher noch weitere Konsequenzen geben. Innenminister Ralf Jäger hat weitere Maßnahmen über die bisherigen Standards, Vorschriften und vertragliche Vereinbarungen mit den Betreibern der Flüchtlingsheime angekündigt. Die Fälle sollen geklärt und das Sicherheitspersonal besser überwacht werden, das verspricht Ralf Jäger. Die Täter werden strafrechtlich verfolgt.

Wachleute in den Flüchtlingsheimen des Landes sollen zukünftig durch Polizei und Verfassungsschutz überprüft werden. Um die Standards in den Landesunterkünften zu gewährleisten, werde ab sofort eine zehnköpfige „Taskforce“ geschaffen. Die Zusammenarbeit mit dem betroffenen Sicherheitsdienst wurde umgehend gekündigt. Es wird den Sicherheitsunternehmen zudem untersagt, die Arbeit an Subunternehmen zu delegieren. Insgesamt soll es in mindestens drei Unterkünften in Nordrhein-

Westfalen Misshandlungen gegeben haben. Am Donnerstag hat daher die Landesregierung zum aktuellen Stand des Geschehens im Plenum berichtet.

Ich wünsche Ihnen schöne erholsame Herbstferien.

Viele Grüße aus Düsseldorf und bis demnächst

Ihre/eure



Inge Blask